

INNOVATIONSFONDS IM KINDER- UND JUGENDPLAN DES BUNDES

**BUNDESWEITE FACHKONFERENZ DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE,
SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

„MODELLE UND STRATEGIEN EINER GELINGENDEN JUGENDBETEILIGUNG“

AM 29. JANUAR 2015 IN BONN



INHALTSVERZEICHNIS

Einführung: Fachkonferenz zum Innovationsfonds 2014-2015	3
Begrüßung.....	5
Diskussionsrunde.....	7
Innovationsfonds – Eigenständige Jugendpolitik – Partizipation: Planungen und Perspektiven für und mit Jugendlichen	7
Arbeitsgruppen zu Modellen und Strategien einer gelingenden Jugendbeteiligung in fünf Handlungsfeldern	13
Politische Bildung.....	13
Jugendverbandsarbeit	19
Kulturelle Bildung.....	22
Internationale Jugendarbeit.....	25
Jugendsozialarbeit.....	28
Innovationsfonds im Kinder- und Jugendplan des Bundes 2014-2016: Liste der Projekte	32

EINFÜHRUNG: FACHKONFERENZ ZUM INNOVATIONSFONDS 2014-2015

Die bundesweite Fachkonferenz „Modelle und Strategien einer gelingenden Jugendbeteiligung“ des Bundesjugendministeriums fand am 29. Januar 2015 in Bonn statt. An der Veranstaltung nahmen Vertreterinnen und Vertreter der insgesamt 42 Projekte teil, die zwischen 2014 und 2016 in den Bereichen Kulturelle Bildung, Politische Bildung, Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit und Internationale Jugendarbeit aus dem Innovationsfonds im Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert werden. Voraussetzung für die Förderung der Projekte war der Anspruch, sich an den [Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik](#) zu orientieren.

Eigenständige Jugendpolitik bezeichnet einen Politikansatz, der die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in den Mittelpunkt ressortübergreifenden Handelns stellt. Er folgt den [Leitlinien für eine Eigenständige Jugendpolitik](#) und ist in die [Jugendstrategie 2015-2018 „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“](#) eingebunden. Die Eigenständige Jugendpolitik soll die Potentiale und Chancen, die eine Gesellschaft mit einer starken Jugend erhält, sichtbar machen und zugleich das Ansehen Jugendlicher in der Gesellschaft aufwerten.



Im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes als dem bundespolitischen Förderinstrument in der Kinder- und Jugendhilfe sollen mit dem Innovationsfonds neue, jugendpolitische Herangehensweisen in die Fläche getragen und verstetigt werden.

Dadurch sollen Impulse für neue Wege in den Handlungsfeldern Politische Bildung, Kulturelle Bildung, Jugendverbandsarbeit, Internationale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit gesetzt werden. Bei sämtlichen Projekten, die aus dem Innovationsfonds gefördert werden, stehen die Interessen junger Menschen im Vordergrund:

- Die Projekte sollen aus der Perspektive der Jugend und mit Jugendlichen gemeinsam geplant und durchgeführt werden.
- Zu einem guten, partizipativen Ansatz gehört insbesondere, dass die Jugendlichen sehen, dass sie mit dem Projekt etwas nachhaltig verändern oder bewirken können.
- Die unmittelbare Einflussnahme von Jugendlichen auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt soll im Rahmen der Projekte unterstützt und befördert werden.
- Alle Projekte binden neben Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe weitere Gestaltungspartner aus Schule, Politik, Verwaltung, Wirtschaft bzw. Zivilgesellschaft aktiv mit ein.



Auf der Fachkonferenz sollten diese gemeinsamen Anliegen verdeutlicht und ein Impuls zum Start der Projekte gesetzt werden. Im Mittelpunkt standen Möglichkeiten und Strategien der Beteiligung von jungen Menschen.

Durch die Tagung führte Anke Bruns vom Westdeutschen Rundfunk.

BEGRÜßUNG

Thomas Thomer, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Unterabteilungsleiter Thomas Thomer begrüßte in Vertretung der Abteilungsleiterin Bettina Bundzus die Anwesenden in den Räumen des Bonner Gustav-Stresemann-Instituts.



Im Dialogprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik (2011-2014) sei schnell klar geworden, wie wirksam und notwendig besondere Anreize für innovative Projekte seien, so Thomas Thomer. Daher habe das BMFSFJ im Jahr 2012 die erste Auflage des Innovationsfonds zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik gestartet – damals noch beschränkt auf die Bereiche Jugendverbandsarbeit, Politische Jugendbildung, Kulturelle Jugendbildung und Internationale Jugendarbeit. Erkenntnisse, die in der vergangenen Förderphase des Innovationsfonds gewonnen worden seien, flössen auch in die Reform des Kinder- und Jugendplans ein, welche derzeit im Ministerium vorbereitet werde. Mit der Förderphase 2014-2016 sei der Bereich der Jugendsozialarbeit hinzu gekommen. Für diese Förderphase seien immerhin etwa 400 Interessensbekundungen eingereicht worden; 42 Projekte konnten letztlich ausgewählt werden. Thomas Thomer führte weiter aus, dass der



Innovationsfonds eingebettet sei in die neue Jugendstrategie des Bundesministeriums, die unter dem Motto „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ verschiedene Teilvorhaben strategisch rahme. Es gehe um nichts Geringeres als um eine Neuausrichtung von Jugendpolitik, die durch die Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik eingeleitet worden sei.

Zahlreiche Maßnahmen und Programme flankieren den Innovationsfonds, so Thomas Thomer: Beispielsweise begleite die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ als Nachfolgeprojekt des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik den Transfer der Eigenständigen Jugendpolitik auf die kommunale und die Landesebene. Die Demografiestrategie der Bundesregierung werde durch die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ neue Impulse erhalten. Mit der Entwicklung des Jugend-Checks solle ein Prüf- und Sensibilisierungsinstrument für jugendgerechte Politik für die Bundesebene realisiert werden. Nicht zuletzt werde es in den kommenden Jahren zu einer engeren Verzahnung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland mit den Vorhaben der Eigenständigen Jugendpolitik kommen.

Im Sommer werde Bundesjugendministerin Manuela Schwesig in Berlin die neue Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018 der Öffentlichkeit präsentieren.



DISKUSSIONSRUNDE

INNOVATIONSFONDS – EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK – PARTIZIPATION: PLANUNGEN UND PERSPEKTIVEN FÜR UND MIT JUGENDLICHEN

Rainer Wiebusch

Referatsleiter im [Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)
(BMFSFJ)



Jana Schröder

Leiterin der [Koordinierungsstelle „Handeln für
eine jugendgerechte Gesellschaft“](#)
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und
Jugendhilfe – AGJ



Jasmin-Marei Christen

Projektleiterin von
[„Ich mache>Politik|Demografie“](#)
c/o Deutscher Bundesjugendring (DBJR)



Zu Beginn der einführenden Podiumsrunde stellten sich die Diskutierenden kurz vor und erläuterten ihr Verständnis von Eigenständiger Jugendpolitik.

Rainer Wiebusch, zuständiger Referatsleiter im BMFSFJ, fasste seine Position ganz prägnant zusammen: Eigenständige Jugendpolitik schaffe bestmögliche Entwicklungs- und Teilhabechancen für die 14 Millionen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 12 und 27 in Deutschland. Der Begriff leite sich aus der Eigenständigkeit der Lebensphase Jugend ab, welche weit mehr sei als nur ein Übergang zwischen der Kindheit und dem Erwachsenenalter.

Jana Schröder, Leiterin der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte

Gesellschaft“, ergänzte, dass daraus auch die Notwendigkeit für ein eigenes, wahrnehmbares Politikfeld folge. Andere Ressorts müssten da, wo ihre Themen die Interessen und Lebenslagen Jugendlicher berühren, mit dem Jugendressort zusammenwirken. Alle politischen Maßnahmen, die die Jugend betreffen, müssten kohärent beschrieben und gemeinsam umgesetzt werden.

Jasmin-Marei Christen fügte hinzu, dass Eigenständige Jugendpolitik „für junge Menschen passen muss“ und dass die Vielfalt der Zielgruppe Jugend im Blick bleiben müsse, denn „die“ Jugend gebe es nicht. Zudem sei Eigenständige Jugendpolitik nicht nur für junge Menschen, sondern auch mit der aktiven Beteiligung junger Menschen gedacht.



Rainer Wiebusch betonte, dass in einer Gesellschaft, die die Jugend ernst nimmt und einbindet, später auch die gesellschaftliche und politische Beteiligung im Erwachsenenalter höher sei. Jugendliche zu beteiligen, sei ein zentraler Auftrag für die kommenden Jahre. Jana Schröder führte aus, dass nicht nur die gesellschaftliche

Zukunftsperspektive wichtig sei, sondern auch die gegenwärtigen Interessen und Bedürfnisse der Jugend. Auch unter anderen demografischen Voraussetzungen müssten die Forderungen die gleichen sein: faire Chancen, Perspektiven und Zuversicht, Zeiten und Räume. Auch verstelle die Defizitorientierung in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung den Blick auf die Stärken und Potentiale der Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die Podiumsteilnehmer wurden gebeten, die bisherigen Maßnahmen im Bereich der Eigenständigen Jugendpolitik kurz darzustellen.

Jasmin-Marei Christen führte aus, dass das Projekt „Ich mache Politik“ mehr Transparenz in die Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik gebracht und die dort stattfindenden Diskussionen für Jugendliche aufbereitet und geöffnet habe. Das Projekt habe eine breite Auseinandersetzung mit den Themen der Eigenständigen Jugendpolitik ermöglicht und sei mit konkreten Fragen an zahlreiche Jugendliche und Jugendgruppen herangetreten. Offline- und

online-gestützte Beteiligungsrounds fanden zu den Themen „Anerkennung außerschulischer Bildung“, „Partizipation“, „Übergänge zwischen Schule und Beruf“, „Schule als Lebensort“, „Bildung und Lebenswege morgen“ sowie „Jugendpolitik“ statt.



Die Anliegen junger Menschen seien über verschiedene Schnittstellen zurück in den Diskussionsprozess geflossen und hätten dort Wirkung entfaltet. Besonders beim Thema „Übergänge zwischen Schule und Berufsleben“ sei die Beteiligung sehr groß gewesen. Alle weiteren Informationen zum Projekt befinden sich auf ichmachepolitik.wordpress.com.

Jana Schröder betonte als Leiterin des ehemaligen Zentrums Eigenständige Jugendpolitik, dass die Ergebnisse von „Ichmache> Politik“ in die Veranstaltungen des Zentrums sowie in die Steuerungsgruppe des Zentrums eingebracht worden seien und dort ein ehrliches Feedback an die Jugendlichen formuliert worden sei. Diese Beteiligungsprozesse seien jedoch sehr zeitaufwändig und für junge Menschen manchmal zu langwierig gewesen. Die Meinungen der Jugendlichen und die Feedbacks der Steuerungsgruppe sind auf www.allianz-fuer-jugend.de und tool.ichmache-politik.de nachzulesen.

Das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik, welches innerhalb von zweieinhalb Jahren über ein Dutzend bundesweite Fachveranstaltungen durchführte, Expertenrunden ausrichtete und Expertisen beauftragte, sei nach erfolgreicher Ausarbeitung von Leitlinien und Grundsätzen zur Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ geworden. Bereits im Zentrum hätten Bund, Bundesländer, kommunale Spitzenverbände, Deutscher Bundesjugendring, Deutsches Jugendinstitut und die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ zusammengewirkt, so Jana Schröder. Die Weiterentwicklung zur Koordinierungsstelle sei notwendig geworden, da es mit der Jugendstrategie einen neuen politischen Auftrag und einen breiteren Rahmen gebe.



Rainer Wiebusch merkte an, dass die Phase der Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik naturgemäß sehr theoretisch und konzeptlastig angelegt gewesen sei. Für die nun eingeleitete 2. Phase habe Bundesjugendministerin Manuela Schwesig den Kurs vorgegeben: „Vom Reden zum Handeln“. Gleichzeitig habe sie auch einen weiteren elementaren Anspruch festgelegt: „Partizipation, Partizipation, Partizipation!“ Das Dach der jugendpolitischen Vorhaben des Bundesjugendministeriums bilde die Jugendstrategie 2015-2018, deren Titel „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ konkret und selbsterklärend sei.



Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ habe in den nächsten Jahren drei große Arbeitsbereiche, so Jana Schröder. Zum Einen gehe es darum, den Transfer der Eigenständigen Jugendpolitik auf die kommunale Ebene und die Landesebene zu ermöglichen. Hierzu werde ein dreijähriger Begleit- und Peer-Learning-Prozess mit 16 Referenzkommunen initiiert, die sich auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit machen wollen. Im Frühjahr werde hierfür ein Interessensbekundungsverfahren eröffnet, im Herbst sollten die Referenzkommunen ausgewählt werden. Darüber hinaus wolle die Koordinierungsstelle Informationen und Materialien zur Verfügung stellen, welche Jugendliche und Entscheidungsträger nutzen können, um ihre Kommune jugendgerechter zu gestalten. Ein zweites Aufgabenfeld der Koordinierungsstelle liege auf der Bundesebene: Es werde darum gehen, die verschiedenen Vorhaben der Jugendstrategie zu koordinieren und die Gestaltungspartner zu vernetzen. Ein drittes Aufgabenfeld liege in der Öffentlichkeitsarbeit zur Jugendstrategie.

„Ichmake>Politik“ werde als „Ichmake>Politik|Demografie“ fortgeführt, so Jasmin-Marei Christen. Arbeitsschwerpunkt sei die Begleitung der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung. Mit dem Projekt wolle man Jugendliche in ganz Deutschland dezentral mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten on- und offline an der Arbeit der AG beteiligen. Auf die Nachfrage, ob das Thema Demografie Jugendliche überhaupt interessiere, antwortete Jasmin-Marei Christen, dass es immer darauf ankomme, die richtigen Fragen zu stellen. Und ja, auch bei diesen politischen Fragen könnten und wollten Jugendliche

beteiligt werden; hierfür brauche es Informationen und niedrigschwellige Angebote.

Jasmin-Marei Christen stellte das Instrument „ePartool“ vor und erläuterte den Anspruch, mit dem Projekt sowohl Informationen bereitzustellen und Zeit für Auseinandersetzung mit den Informationen zu ermöglichen als auch auf einer zentralen Plattform die Diskussionen zu veröffentlichen. Dabei folge das Verfahren den Schritten „Informieren – sammeln – abstimmen – Ergebnisse weitergeben – Feedback erhalten“. Eine zentrale Herausforderung bestehe allerdings in den unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Politik und jungen Menschen.

In Ergänzung zu den bereits geschilderten Maßnahmen benannte auch das BMFSFJ weitere Aktivitäten. Rainer Wiebusch verwies auf einen Unterschied zwischen der negativ geprägten Wahrnehmung Jugendlicher in Medien und Gesellschaft und der meist deutlich positiveren Realität junger Menschen – hierzu solle eine aufklärende Kampagne ein angemesseneres Bild



von Jugend vermitteln. Zudem müssten Jugendliche stärker als bisher in das politische System integriert werden. Passives Wahlrecht, so Rainer Wiebusch, würde viel zu selten und mit sinkender Tendenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgeübt. Darüber hinaus sollten die vielfältigen digitalen Beteiligungsformen auf einer gemeinsamen Beteiligungsplattform

gebündelt werden und die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland solle in Zukunft enger mit der Eigenständigen Jugendpolitik verzahnt werden. Alles in allem gehe es bei der neuen Jugendstrategie um eine neue Politik: Politik für, mit und von Jugend.

Nach einer sehr lebhaften Podiumsrunde lud Anke Bruns das Publikum zu Rückfragen und Diskussionsbeiträgen ein. Kirsten Witt von der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung lobte das Gesamtvorhaben und erkundigte sich nach Beteiligungsmöglichkeiten für Akteure, die noch nicht in die neue Jugendstrategie eingebunden sind. Jana Schröder



betonte, dass ein weites Netzwerk mit allen relevanten Akteuren angestrebt werde. Entsprechend plane die Koordinierungsstelle bereits Kooperationen mit Sport, Ausbildung und Schule sowie Hochschule.

Thomas Hetzer vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk äußerte Bedenken, dass die Strategie dazu dienen könnte, junge Menschen lediglich

„arbeitsmarktfähig“ zu machen. Rainer Wiebusch schloss eine solche, auf Verzweckung ausgerichtete, Perspektive aus und betonte, die neue Jugendstrategie wolle einen echten und wirksamen Dialogprozess im Sinne einer jugendgerechten Gesellschaft. Jasmin-Marei Christen verwies auf die Leitlinien und Grundsätze der Eigenständigen Jugendpolitik, dort seien die Interessen und Bedürfnisse der Jugend zentral untergebracht. Jana Schröder ergänzte, dass gelingende Übergänge in die Arbeitswelt durchaus auch zu den Interessen der Jugendlichen selbst gehörten. Albert Klein-Reinhardt aus dem Bundesjugendministerium wies darauf hin, dass es eine Konsequenz aus den Wünschen von Jugendlichen sei, dass Mobilität zu einem neuen Schwerpunkt im Ministerium werde.



ARBEITSGRUPPEN ZU MODELLEN UND STRATEGIEN EINER GELINGENDEN JUGENDBETEILIGUNG IN FÜNF HANDLUNGSFELDERN

POLITISCHE BILDUNG

- Thema „Umgang von Jugendlichen mit dem demographischen Wandel – Partizipationsstrategien und Möglichkeiten“
- Moderation: Benedikt Widmaier, Haus am Maiberg – Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, [Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke](#)
- Projekt: „Zum Wählen zu Jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit“, Boris Brokmeier, [Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.](#)

Benedikt Widmaier eröffnete den Workshop mit der These, unsere gesamte Gesellschaft – und nicht etwa nur die Jugend – befände sich derzeit in einer Phase der Entpolitisierung. Das sei mit Partizipationsdaten, etwa zu Wahlbeteiligung und politischem Engagement, zu belegen und bedeute eine Herausforderung für die Demokratie. So würden junge Menschen, die gefragt werden, in welchen Bereichen sie mitreden bzw. mitentscheiden, an erster Stelle die Familie und an letzter Stelle die Kommune nennen. Jenseits der großen Herausforderung der sozialen Ungleichheit, die nicht mit Jugendpolitik zu beheben sei, verfügten wir in Deutschland jedoch über hervorragende Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation. Dem wurde aus dem Workshop zugestimmt, es sei aber (von Leuchtturmprojekten abgesehen) bislang nicht gelungen, eine Partizipationsalltagskultur zu etablieren.



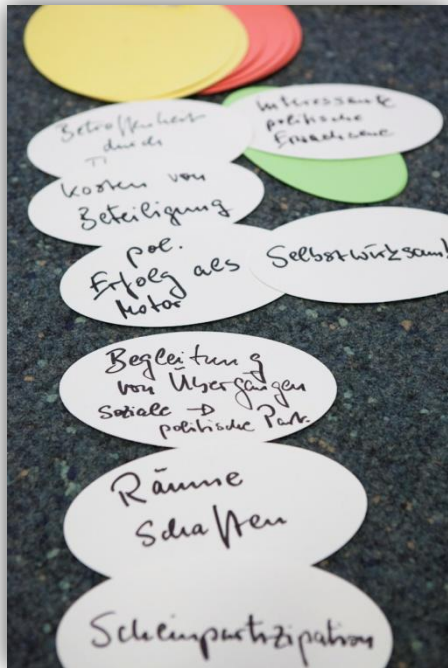
Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements habe sich sehr stark entpolitisiert, so Benedikt Widmaier weiter. Deshalb sei dieser Begriff nicht (mehr) geeignet, das zu beschreiben, was in der Demokratietheorie unter politischer Partizipation verstanden wird. Soziales Engagement und politische Partizipation seien demokratietheoretisch voneinander zu unterscheiden: Während bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer mobilisierten Zivilgesellschaft der Reproduktion des Wohlfahrtsstaates diene, gehe es bei politischer Partizipation und politischem Engagement um die Reproduktion des politischen demokratischen Systems. Es möge sein, dass Engagement gute Voraussetzungen für Partizipation schaffe. Dass Erfahrungen im sozialen Engagement aber automatisch zu politischer Partizipation führen, sei eine weit verbreitete, empirisch aber nicht belegte Annahme. Pädagogische Begleitung, die für sich in Anspruch nehme, zu politischer Partizipation zu führen, müssten diesen politischen Anspruch auch tatsächlich einlösen – das sei aber nur selten der Fall.

In der Debatte über (Jugend-)Partizipation seien also Begriffe zu klären und Sprache zu prüfen, so Benedikt Widmaier. Insbesondere die Begriffe „Engagement“ und „Partizipation“, „Teilhabe“ und „Teilnahme“ würden oft nicht präzise benutzt und – zu Unrecht – synonym verwandt. Ebenso wenig wie soziales Engagement gleichzusetzen sei mit politischer Partizipation, sei Teilhabe gleichzusetzen mit Teilnahme. Der Begriff „Teilhabe“ werde jedoch im politischen Diskurs (auch vom BMFSFJ) oftmals mit Partizipation gleichgesetzt.

Der geforderten scharfen Trennung von sozialer und politischer Partizipation wurde in Teilen widersprochen: In einem sozialen Rechtsstaat habe es immer auch einen politischen Kern, wenn sich Jugendliche sozial engagieren. Es gehe um interne und externe Wirksamkeitserfahrungen und die Frage, inwiefern ein junger Mensch befähigt sei, Einfluss auf das Gesamtsystem auszuüben.



Darüber dass die Jugendphase kein gesellschaftlicher Schonraum mehr sei, seien sich



eigentlich alle einig, so Benedikt Widmaier. Das betreffe dann das Feld der Politik oder des Politischen (Das Private ist politisch? Oder: Nichts ist politisch?). Wenn heute in der Jugendpolitik und -forschung darüber gesprochen werde, dass „die Jugend“ „nicht unpolitisch sondern anders politisch“ sei (Waldemar Vogelsang), gehe das am Grundverständnis von Politik vorbei. Denn auch in der Demokratie würden politische Streitfragen in einem Kampf um Macht und Herrschaft, durch „Bohren dicker Bretter“ (Max Weber) und am Ende immer „im System“ entschieden (Jürgen Habermas) – ohne Rücksicht auf jugendliches Politikverständnis.

Von zentraler Bedeutung für die politische Inklusion junger Menschen sei die Rolle der erwachsenen Pädagoginnen und Pädagogen.

Wenn diese selbst politisch denken und handeln, seien sie die besten Lernbegleiter in der politischen Jugendbildung. Wahrscheinlich sei die Entpolitisierung der Jugend auch nur ein Spiegel der entpolitierten Erwachsenengesellschaft, so Benedikt Widmaier weiter. Es fehle an „interessanten Erwachsenen“ (Benno Hafenager) bzw. auch an politischen „Schlüsselpersonen“ (Balzter/Ristau/Schröder).

Benedikt Widmaier beendete seine Ausführungen mit der These, auch in der außerschulischen politischen Bildung werde heutzutage zu oft ein negatives Bild vom politischen System vermittelt. Dem wurde mit der Behauptung widersprochen, das politische System sei noch nie sexy gewesen und es sei vielmehr der Rückgang der Förderung von politischer Jugendbildung, der zur Entpolitisierung beitrage.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass für politische Jugendbildung die Verbindung zwischen der eigenen Lebenswelt und politischer Wirkungskraft besonders wichtig sei (Stichworte: Scheinpartzipation, Partizipation in der Schule). Der weit verbreiteten Wahrnehmung einer unpolitischen Jugend wurde die These gegenüber gestellt, dass

Jugendliche durchaus politisch aktiv seien (etwa im Internet), sich dies aber im sogenannten System nicht abbilde – so sei das Durchschnittsalter der Mitglieder in den etablierten Parteien mittlerweile bei 60+ angekommen. Mit Blick auf die „Schlüsselpersonen“ und „interessanten Erwachsenen“ würden also die persönlichen Anschlussmöglichkeiten für Jugendliche rarer. Jugendliche hätten durchaus Lust, sich politisch zu engagieren, wüssten aber oftmals nicht wie, würden ihre Rechte nicht kennen und „kämen nicht in die System-Maschine rein“. Festzustellen sei keine Politik-, sondern vielmehr eine Parteien- und Systemverdrossenheit. Hierzu wurde die These eingebracht, dass ein Zuviel an detaillierter Politikberichterstattung durch die Medien einen solchen Überdruß befördert haben könnte.

Aus dem Projekt „Jugend im Blick“ des Deutschen Jugendinstituts wurde die Erkenntnis beigetragen, dass bei jungen Menschen enorme Beteiligungsbedürfnisse vorhanden seien und dass Politisierung weniger durch Schlüsselpersonen als durch thematische Betroffenheit und Unrechtserfahrungen (z. B. Sanktionierung von Räumen, Verlagerung von Angeboten weg von der Jugend und hin zu Senioren) initiiert werde. Wichtig seien auch die erheblichen Beteiligungskosten, die Jugendliche bei den üblichen Beteiligungsformaten zu tragen hätten (Stichworte: erforderliche Übersetzungsleistungen, ausgeprägtes Unterlegenheitsgefühl, mangelnde Sensibilität der Erwachsenen). Darüber hinaus würden Jugendliche auch dadurch abgeschreckt, dass ihre Anstrengungen nicht zwingend zu Erfolgen führen, von denen sie selbst als Jugendliche noch profitieren. Junge Menschen, die sich politisch engagieren, bräuchten Rückmeldung und Erfolge. Nicht zuletzt hätten Entscheidungsträger oftmals Schwierigkeiten damit, Macht (z. B. Budgets) an junge Menschen abzugeben. Dahinter stehe die weit verbreitete Überzeugung, es sei nicht demokratisch, wenn Macht und Verantwortung auseinanderfallen. Die zentralen Empfehlungen aus dem Projekt „Jugend im Blick“ lauteten: Jugendbeteiligung aufsuchend gestalten und Lebenswelten demokratisieren!



Im zweiten Teil des Workshops präsentierte Boris Brokmeier das Projekt „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit“ des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB). Nachdem sich der AdB in der letzten Förderphase des Innovationsfonds mit ePartizipation auf dem Land beschäftigt habe, gehe es ihm nun um die Bedeutung des Wahlrechts in der Partizipationsdebatte. Dahinter stünden Interessens- und Budgetverschiebungen im Zuge des demografischen Wandels (z. B. aktuelle rentenpolitische Entscheidungen) und die Frage, wer eigentlich für wen Politik mache. Mit dem Projekt solle das aktive und das passive Wahlrecht als herausragendes Bürgerrecht sowie die systematische Ausgrenzung der Jugend aus dem formalen demokratischen Teilhabesystem thematisiert werden.



Zu Beginn des Projekts (Laufzeit: September 2014 bis Ende 2015) habe man in einem Symposium festgestellt, dass die Partizipations-interessen von Senioren gar nicht so unvereinbar mit denen der Jugend seien: Auch ihnen gehe es um kurzfristige Effekte und sie legten großen Wert auf die Weitergabe von Wissen und Erkenntnissen an Jüngere.

In insgesamt fünf Bildungsstätten arbeite man mit einem intergenerativen Dialog in Form von altersgruppenübergreifenden Arbeitsgruppen (Jugendliche, junge Erwachsene, ältere Menschen), die bis Mai 2015 gemeinsame Positionen entwickeln. Die Jugendlichen setzten sich aus Schülerinnen und Schülern, Jugendverbandsvertretungen und unorganisierten Jugendlichen aus Initiativen und Jugendclubs zusammen. Die älteren Menschen seien Seniorenbeiräte, etwa aus Wohnprojekten.

Von Mai bis Sommer 2015 würden dann sogenannte Townhall-Meetings, organisiert von den Arbeitsgruppen, durchgeführt. Politik und Bevölkerung würden eingeladen, über die Positionen zu diskutieren. Dabei werde unter anderem mit Videoclips und digitalen Formaten gearbeitet.

Im zweiten Halbjahr 2015 gehe es schließlich darum, die Positionen für die weiteren gesellschaftlichen Diskussionen sichtbar zu machen und Handlungsanleitungen für Partizipation vor Ort zu erstellen. Nicht zuletzt sollten mit dem Projekt junge Menschen motiviert werden, auch das passive Wahlrecht wahrzunehmen, z. B. über Jugendlisten. Für weitere Informationen verwies Boris Brokmeier auf die Projektseite <http://zumwaehlenzujung.eu>.



An die Projektpräsentation schloss sich eine Diskussion über „Trockenübungen“ wie die „U18-Wahl“ (über Jugendorganisationen) oder auch die „Juniorwahl“ (über Schulen) an. Hier standen sich ablehnende und begrüßende Positionen gegenüber („Scheindemokratie“ vs. gute Möglichkeit für politische Bildung mit offenen Spielregeln).

JUGENDVERBANDSARBEIT

- Thema „Partizipationsmodelle und Strategien zum demografischen Wandel unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung ländlicher Räume“
- Moderation: Hetav Tek, [Deutscher Bundesjugendring](#)
- Projekt: „Schaffung eines bundesweiten Jugendwanderwegenetzes“, Thorsten Flader, [Deutsche Wanderjugend](#)

Hetav Tek, Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), erklärte kurz die Arbeitsweise der im DBJR versammelten Jugendverbände und Jugendringe.



Zentrale Organisationsprinzipien für alle Mitgliedsverbände seien Freiwilligkeit und jugendliche Selbstbestimmtheit. Eigenständige Jugendpolitik bedeute für den DBJR, dass alle Themen, die die Jugend betreffen, mit der Jugend besprochen werden müssten und die Vielfalt der Jugend

berücksichtigt werden müsse. Mitwirkung müsse dabei tatsächliche Wirkung entfalten; nicht gewollt seien Alibi-Veranstaltungen.

Torsten Flader von der Deutschen Wanderjugend stellt anschließend das Projekt „Bundesweites Jugendwanderwegenetz“ vor. Ziel des Projektes sei, die Bindung Jugendlicher an die Heimatgemeinde zu erhöhen. Hierfür solle das Alleinstellungsmerkmal des ländlichen Raums – die Natur – genutzt und angeeignet werden. Jugendliche sollten selbstbestimmt jugendgerechte Wanderrouten sammeln, welche zu interessanten Orten und Aktivitäten führten. Hierfür würden derzeit die Kriterien für Jugendwanderwege erstellt. Diese Wege sollten ein eigenes



Kennzeichnungssymbol erhalten und in Zukunft durch die Jugendlichen gepflegt werden.

Es gehe also nicht nur um eine Beteiligung, sondern auch um die Übernahme von tatsächlicher Verantwortung. Über eine Homepage und eine App würden die Jugendlichen untereinander vernetzt. Die Ansprache erfolge sowohl über jugendgerechte Medien als auch in jugendgerechter Sprache und solle nicht zuletzt Spaß machen. Es sei eine Stärke der Wanderjugend, trotz der Heterogenität ihrer Mitglieder ein starkes, verbindendes Interesse zu haben.

Anschließend diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops über verschiedene Aspekte von Partizipation. Einigkeit bestand darin, dass ePartizipation nur funktioniert, wenn eine offline-Anbindung erfolgt – reine Online-Verfahren seien wenig sinnvoll, Beteiligungsverfahren bräuchten immer auch Zeit für Beziehungsarbeit. Doch nicht nur das Medium, sondern auch die verwendete Sprache sei wichtig: Wenn man keine passende Sprache finde, insbesondere in der Verbindung von Jugend und Politik, sei eine Einbindung sehr schwer. Zudem wurde es als hilfreich erachtet, wenn man in der Lage sei, auf mögliche Beteiligungsanlässe zeitnah reagieren zu können. Idealerweise ergebe sich dann eine Win-Win-Situation, die allen Beteiligten Vorteile bringe, die Motivation auf allen Seiten erhöhe und Wirksamkeitserfahrungen ermögliche.

Darüber hinaus wurde die Frage diskutiert, inwiefern Jugendhilfeausschüsse als Ombudsstellen für jugendliche Anliegen funktionieren (können). Hier gab es gemischte Einschätzungen, da sich Jugendhilfeausschüsse in ihren Arbeitsweisen sehr voneinander unterscheiden. Der Wunsch nach eindeutig benannten, kommunal verankerten Ombudsstellen für Jugendliche wurde in der



Diskussion jedoch betont. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, wie viel Struktur man als Träger in Partizipationsprojekten vorgeben sollte. „Einfach machen lassen“ könne klappen, aber eben auch schief gehen – dessen müsse man sich bewusst sein. Einig war man sich dabei, dass die Erfolge und Wirkungen von Jugendbeteiligung sichtbar gemacht werden müssten – und

zwar nicht nur für die Umgebung, sondern auch für die Jugendlichen selbst.

Kritisch angemerkt wurde, dass sich viele Kommunen aus finanziellen und strukturellen Gründen immer stärker aus der Jugendpolitik verabschiedeten. Auch die „Kultur der Nichtbeteiligung“ in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie Schule und Elternhaus erschwerten die Ansprache für partizipative Projekte – Jugendliche seien es oftmals einfach nicht gewohnt, etwas mitentscheiden zu dürfen.

Empfohlen wurde eine Strategie, die Jugendlichen die eigene Betroffenheit durch Politik verdeutlicht und so zur Partizipation anstachelt. Auch Partizipation wolle gelernt sein, so ein Fazit: Die Qualifikation der Jugendlichen sollte Bestandteil von Partizipationsprojekten sein. Jugend dürfe auch in Verantwortung genommen und Verbindlichkeit müsse eingefordert werden. Der Spaß dürfe jedoch auch nicht zu kurz kommen, Stichwort: Partycipation. Auch Schulen könnten ein wichtiger, potentieller Partner sein. Grundsätzlich gelte jedoch bei allen Partizipationsvorhaben: Die Methodik und Ausgestaltung muss vom Ziel her gedacht werden.

KULTURELLE BILDUNG

- Thema: „Inklusion im Sinne einer konsequenten Berücksichtigung von Verschiedenartigkeit als Normalfall – Möglichkeiten und Strategien der Beteiligung von jungen Menschen“
- Moderation: Kirsten Witt, [Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung](#) e. V.
- Projekt: „MUT+“, Jörg Kowollik, [Jugendkulturarbeit Oldenburg](#)

Die BKJ setzt auf kulturpädagogische Angebote, die Selbstbildung und Persönlichkeitsbildung unterstützen, so Kirsten Witt einführend. Alle jungen Menschen sollten sich künstlerisch ausdrücken und beteiligen können. Die Kunst gebe auch denjenigen eine Stimme, die sich sonst vielleicht nicht einbringen würden.

Ein Projekt, das diesem Ansatz entgegen komme, sei Mut+ aus Oldenburg, so Jörg Kowollik. Das Projekt sei im Verein Jugendkulturarbeit e. V. untergebracht. Der Verein sei seit 1995 in Oldenburg angesiedelt und fungiere als Fachverband und Förderverein kultureller Projekte für Kinder und Jugendliche aus den Bereichen Tanz, Theater, Kunst und Musik. Jugendkulturarbeit e. V. unterstütze, initiiere und vernetze Projekte.



Das Projekt Mut+ führe im theaterpädagogischen Rahmen sieben stadtteilorientierte Kinder- und Jugendgruppen im Hinblick auf Inklusion durch. Das Vorgängerprojekt MUT (Migration und Theater) sei ein abgeschlossenes Modellprojekt, das nun als Basis zur Auseinandersetzung mit Inklusion weiterentwickelt werden solle. Hierbei kooperieren Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen, das Kultur- und Jugendamt sowie die Stabstelle Inklusion der Stadt Oldenburg, so Jörg Kowollik. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen würden inklusive Formen kultureller Bildungsarbeit und thematische Theaterstücke entwickelt. In heterogenen Kinder- und Jugendtheatergruppen solle mit wirklich allen interessierten Kindern und Jugendlichen theaterpädagogisch gearbeitet werden. Dabei bleibe das Motto des MUT-Projektes „Kinder und Jugendliche gestalten Vielfalt“ weiter die Grundlage.

Jörg Kowollik betonte, Inklusion sei eine Grundhaltung und zeige sich vor allem in Denken und Handeln aller Beteiligten. Zur Reflexion von inklusivem Denken, Handeln und Strukturen in Einrichtungen vor Ort empfahl er den [„Kommunalen Index für Inklusion“](#), einen Fragenkatalog, der ursprünglich für Schulen und Kindertagesstätten als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument entwickelt wurde.

Im Sinne der Eigenständigen Jugendpolitik profitierten alle Beteiligten des Mut+ Projektes von vielfältigen Kooperationen mit örtlichen Einrichtungen, insbesondere mit Schulen in Oldenburg.



Jugendliche und junge Erwachsene würden an gemeinsamen Entscheidungsprozessen, hauptsächlich in Bezug auf die Themenfindung, beteiligt. Ziel sei es, alle Jugendliche mit den Mitteln der kulturellen Bildung abzuholen und die Stärken und Potentiale jedes Einzelnen in das Projekt mit einfließen zu lassen. Die selbstverständliche Ansprache aller Jugendlichen, so Jörg Kowollik, sei als

Prozess zu betrachten, der sowohl die jungen Schauspielerinnen und Schauspieler wie auch das Publikum einbeziehe.

Als Konsequenz würden im Anschluss des Projektes Empfehlungen für eine grundsätzliche inklusive Ausrichtung der kulturellen Bildungslandschaft formuliert. Jörg Kowollik kündigte an, der Verein werde die Ergebnisse über Fachtagungen und bundesweite Kanäle anderen Kommunen und Institutionen zugänglich machen.

Innerhalb der Arbeitsgruppe wurden insbesondere zwei Balanceakte diskutiert: 1.) künstlerischer Anspruch und inklusiver Anspruch an kulturelle Bildung, 2.) offene Zugänge und Zielgruppenorientierung.

Die Wahrnehmung von Kunst und Kultur müsse sich hin zu einer anerkennenden, wertschätzenden Art und Weise ändern, um allen Jugendlichen den Zugang zur Gestaltung von

Kunst zu ermöglichen. Kulturelle Arbeit müsse ein ausgewogenes Gleichgewicht finden zwischen dem künstlerischen „Qualitätsanspruch“ und den individuellen Stärken der Jugendlichen, so Kirsten Witt.



Uneinig waren sich die Teilnehmenden bezüglich der Ansprache von Zielgruppen für inklusive Projekte. Es wurde angemerkt, bestimmte Zielgruppen müssten gesondert angesprochen werden. Mit einem grundsätzlich offenen Angebot

ließen sich nicht alle Jugendlichen erreichen. Gleichzeitig dürfe keine Stigmatisierung der teilnehmenden Jugendlichen eintreten, denn dies führe erfahrungsgemäß zu großem Unmut und widerspreche dem inklusiven Leitgedanken.

INTERNATIONALE JUGENDARBEIT

- Thema: „Beteiligungsstrategien bei der Profilierung der internationalen Jugendarbeit als außerschulisches nicht formales Bildungsangebot“
- Moderation: Daniel Poli, [IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.](#)
- Projekt: „Learning Badges“, Johannes Bergunder, [.lkj\) – Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V.](#)

Daniel Poli erläuterte eingangs, dass die Projekte, die im Bereich Internationaler Jugendarbeit aus dem Innovationsfonds gefördert werden, von IJAB fachlich begleitet würden. Dadurch seien Austausch, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung gewährleistet. Zudem fänden Tagungen statt und eine Abschlussdokumentation der Projekte sei geplant. Mit den Projekten sollten Kompetenzen der Jugendlichen sichtbar gemacht werden. Ziel sei die persönliche, aber auch die formelle, politische und gesellschaftliche Anerkennung.

Das beispielhaft vorgestellte Projekt „Learning Badges“ ermöglicht mithilfe von „Digital Badges“ eine visuelle Darstellung von Lernerfolgen und Fähigkeiten. Jeder individuelle Badge enthalte Informationen mit einer Beschreibung und einem Nachweis des Lernerfolges, so Johannes Bergunder von der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt. Auf der Online-Plattform von Learning Badges werde Lernenden die Möglichkeit geboten, ihre offline und online vollzogenen Lernprozesse anerkennen zu lassen.

Johannes Bergunder betonte, Lernprozesse und -erfolge nähmen jenseits des formalen Bildungssystems an Bedeutung zu. Um die Wertschätzung der dabei erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten zu steigern, werde es immer wichtiger, entsprechende Anerkennungssysteme zu schaffen und die Wahrnehmung dieser Bildungsprozesse zu fördern. Zusammen mit verschiedenen europäischen Partnern (Litauen, Slowenien, Deutschland, Spanien, Portugal und England) aus dem Bereich der Jugendarbeit würden die sogenannten Badges entwickelt und getestet.



Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe formulierten Ideen, Forderungen und Wünsche, die in den Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik einfließen könnten. Besonders wichtig waren ihnen dabei die Nachhaltigkeit der Projekte, die Akzeptanz aller Beteiligten und verbindliche Feedbacks an die Jugendlichen.



Für anschließende Projekte zur Anerkennung der internationalen Jugendarbeit als nicht formales Bildungsangebot wurden u. a. folgende Gelingensfaktoren zusammengetragen:

- Eigenverantwortung und Motivation
- gute Projektleitungen und Ressourcen (Zeit, Geld, Personal)
- Beteiligung der Jugendlichen bei Entscheidungen
- Transparenz und Kommunikation
- Austausch mit anderen Projekten
- Ergebnisorientierung und gleichzeitig Offenheit.



Für künftige Projekte wurden u. a. folgende Herausforderungen gesehen:

- Sicherung von Nachhaltigkeit
- Vernetzung über das Projekt hinaus
- Überwindung von Barrieren
- Ressourcen (Zeit, Geld, Personal)
- unterschiedliche Herkunftsmilieus
- Generationenverhältnis.

Mit Blick auf Jugendbeteiligung forderten die Teilnehmenden, dass die Politik diese sichtbar

macht und Jugendliche als Expertinnen und Experten über geeignete Formate in politische Prozesse konsequent einbezieht – insbesondere bei Entscheidungen, die Jugend betreffen. Hierbei sollte Verantwortung ernsthaft an Jugendliche abgegeben werden. Als weitere Konsequenz wurde ein eigenes Politikfeld mit einem eigenen Jugendministerium gefordert. Darüber hinaus solle Öffentlichkeitsarbeit für Jugend und insbesondere die Eigenständige Jugendpolitik verstärkt werden.

Für den Innovationsfonds wurde darüber hinaus u. a. vorgeschlagen:

- > mehr Öffentlichkeitsarbeit über die einzelnen (Innofonds-)Projekte (jugendgerechte Präsentation und Sprache)
- > Vernetzung verstetigen, Synergien schaffen
- > verschiedene Jugendgruppen (Behinderte, Migranten,...) berücksichtigen
- > Flexibilität in der Mittelvergabe (personelle, zeitliche, räumliche Ausstattung)
- > jugendgerechte Formate fördern.

JUGENDSOZIALARBEIT

- Thema: „Soziale, berufliche und schulische Integration von Straßenkindern. Partizipationsstrategien vor Ort“
- Moderation: Achim Wieghardt, [Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit](#) / Dr. Birgit Reißig, [Deutsches Jugendinstitut](#)
- Projekt: „Integration des Fernschulsystems Flex in die überregionale Straßensozialarbeit für Straßenkinder und Ausreißer in Deutschland: Ermöglichung des Schulabschluss für minderjährige Straßenjugendliche unabhängig vom Aufenthaltsort“, Colin Emde und Christoph Hildebrandt, [Off Road Kids Jugendhilfe gGmbH](#)

Paloma Miersch aus dem Bundesjugendministerium erläuterte eingangs, die Jugendsozialarbeit sei mit dem Schwerpunktthema „Soziale, schulische und berufliche Integration von Straßenkindern“ in den Innovationsfonds aufgenommen worden, um auch dieses Feld stärker in der Eigenständigen Jugendpolitik zu verankern. Es gehe um Minderjährige, die aus allen institutionellen Bezügen herausfallen. Mit den vier geförderten Projekten würden diese jungen Menschen grundsätzlich in allen Lebenslagen unterstützt, insbesondere jedoch bei der schulischen sowie beruflichen (Re)-Integration. Bei den Projekten fänden auch innovative Ansätze Anwendung. Paloma Miersch informierte darüber, dass das Thema auch bei der kommenden Jugend- und Familienministerkonferenz eine Rolle spielen werde.

„Off-Road-Kids“ – im Workshop vertreten durch Colin Emde und Christoph Hildebrandt – ist eine Stiftung mit vier Standorten in deutschen Großstädten. Sie verstehe sich als Schaltstelle zwischen Straße bzw. Szene und weiteren Hilfenetzwerken. 2014 seien 377 Klientinnen und Klienten betreut worden, wobei viele auch zwischen verschiedenen Einrichtungen wechselten. Die jungen Menschen kämen aus allen gesellschaftlichen Schichten; oberstes Ziel sei, sie zu stabilisieren. Bis zum Alter von 18 Jahren würden mehr Mädchen betreut, ab 18 Jahren steige der Anteil der Jungen.



Beim gemeinsamen Projekt mit der Flex-Fernschule gehe es darum, die jungen Menschen beim Nachholen eines Schulabschlusses zu unterstützen, um ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen zu erhöhen. Die Flex-Fernschule habe einen heilpädagogischen Ansatz, der individuell auf die Ausgangslagen und Kenntnisse der Jugendlichen eingehe. So würden die Arbeitsmaterialien nicht in der Schule bearbeitet, sondern man sei örtlich flexibel.

Ein individuell partizipativer Ansatz sei vor allem durch die aktive Beteiligung des Jugendlichen



beim Hilfeprozess gegeben. Ein zentrales Problem bestehe darin, dass unterschiedliche Systeme zu wenig zusammenarbeiten; mit dem Übertritt in die Volljährigkeit brächen bestimmte Unterstützungsformen ab. Aber auch nach Erreichen der Volljährigkeit müsse der Erwerb eines Schulabschlusses noch möglich sein. Zuerst müssten die Lebensbedingungen stabilisiert werden, erst danach könne man sich um schulische Fragen kümmern. Auf Rückfrage wurde erläutert, dass der Einstieg in die Flex-

Schule zwar oft schnell erfolge, es könne allerdings ein bis zwei Jahre dauern, einen Schulabschluss zu erwerben. Dabei sei auch eine (Re)-Integration in die Regelschule möglich, es müsse aber immer von den Jugendlichen und ihren Bedürfnissen aus gedacht werden.

Im Workshop wurde auch darüber diskutiert, inwiefern die gesetzlichen Grundlagen, um Jugendliche bis 27 Jahre zu betreuen, tatsächlich für eine langfristige Begleitung genutzt würden. Es wurde kritisiert, dass die Angebote zu undifferenziert zwischen Minderjährigen und Volljährigen unterscheiden – z. B. zwischen Inobhutnahme oder Notschlafstelle.



Es wurde weiter ausgeführt, wie die Jugendlichen am Projekt beteiligt werden. Es handele sich um eine oftmals traumatisierte Zielgruppe, bei der über Vertrauen und Bindung nach und nach gemeinsam neue Perspektiven entwickelt würden, dies sei ein langfristiger Prozess. Dieser Prozess könne viel Zeit einnehmen – mit den Jugendlichen werde gearbeitet, solange es eben dauert. Das Mindestmaß seien drei bis vier Stunden Beziehungsarbeit am Tag.

Aus dem Workshop kam der Hinweis, dass eine Schnittstelle zwischen Streetwork und Jugend(verbands)-arbeit gut wäre, denn oft wüssten die Straßenkinder nicht, wie sie ihre Zeit



sinnvoll verbringen könnten. Dies sei einzelfallabhängig zu bewerten, so die Antwort. Oft müsse bei den Jugendlichen erst eine Grundstabilisierung erfolgen, gut wäre demnach eine Schnittstelle zur mobilen Jugendsozialarbeit. Am wichtigsten seien Kontinuität, Beziehung und Flexibilität.

Im Workshop wurden Bezüge zu anderen Handlungsfeldern des Innovationsfonds hergestellt: 1) Kulturelle Bildung – Es brauche immer auch Räume, die von den Jugendlichen gestaltet werden könnten. 2) Politische Bildung – Insbesondere bei der Ansprache von bildungsbenachteiligten jungen Menschen gebe es viele Übereinstimmungen mit der Jugendsozialarbeit.

Abschließend wurde festgehalten, dass die Jugendsozialarbeit vielfach die Basisarbeit leiste, auf deren Grundlage weitere Jugendarbeit genutzt werden könne. Nötig sei die Stärkung lokaler Strukturen. Die Teilnehmenden brachten die Idee ein, auf lokaler Ebene einen Runden Tisch einzuführen, um verschiedene zentrale Akteure, wie Lehrkräfte, Eltern, Träger, Bürgermeister/-innen und offene Jugendarbeit zusammenzubringen.

ABSCHLUSSRUNDE

In einer kurzen Abschlussrunde im Plenum wurde die Veranstaltung des Bundesjugendministeriums überwiegend sehr positiv eingeschätzt, insbesondere die Möglichkeit zu Vernetzung und Austausch mit anderen Projekten wurde gelobt.

Mit Blick auf eine Folgeveranstaltung wurden frühzeitigere Informationen sowie mehr Partizipationsmöglichkeiten in den Workshops gewünscht.



Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, die Veranstaltung auf zwei Tage auszuweiten und eine Jugendkonferenz anzukoppeln.

Die Workshop-Themen hätten aus Sicht der Teilnehmenden früher zur Verfügung gestellt werden sollen, damit die Projekte sich besser vorbereiten können.

Zudem wurde gewünscht, dass die Arbeitsgruppen einen größeren Anteil am Programm einnehmen sollten als die Plenumszeiten.

INNOVATIONSFONDS IM KINDER- UND JUGENDPLAN DES BUNDES 2014-2016: LISTE DER PROJEKTE

POLITISCHE BILDUNG: UMGANG DER JUGENDLICHEN MIT DEM DEMOGRAFISCHEN WANDEL	
Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage - Wahlrecht und Generationengerechtigkeit 09/14-12/15	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Wandel als Chance! Jugendliche Welten aus unterschiedlichen Perspektiven mittels unterschiedlicher Ausdrucksformen - eine wandernde „Wandel-Ausstellung“ 09/14-12/16	Camino gGmbH
Wende der Generationen - Was bleibt, wenn alle gehen wollen? 09/14-12/16	Geschichtswerkstatt Jena e. V.
Jugend im Demografischen Wandel! Zukunft sichern - Zukunft gestalten für eine lebendige Region 10/14-12/15	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
„Spielend mit dem demographischen Wandel umgehen“ 10/14-09/16	Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e. V.

The Future Is Unwritten! Zukunft bilden - Medien machen. 10/14-12/16	Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e. V.
Was wird aus mir? Ich gestalte meine Zukunft! 10/14-07/16	Multikulturelles Forum e. V.
„BlickPunkte!“- Impulse für eine situationsorientierte Jugendbildung durch Generationendialog im schrumpfenden ländlichen Raum in Ostsachsen! 10/14-10/16	Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ)
Zukunftsbüro 09/14-12/16	Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.
Dialog macht Schule - Bildung/Partizipation/Für alle? 09/14-08/16	Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V. (VNB)

KULTURELLE BILDUNG: INKLUSION

Vielfalt? Bläser? Klasse! -Methodenentwicklung für die inklusive musikalische Arbeit mit Bläserklassen an Schulen
 12/14-05/16

Deutsche Bläserjugend

MUT+ - Ein Projekt inklusiver und stadtteilorientierter theaterpädagogischer Jugendarbeit in Oldenburg 09/14-08/16	Jugendkulturarbeit e. V.
Dialog TheArt - Erprobung innovativer Peer-to-Peer Ansätze im Jugendtheater 10/14-09/16	Kreisdiakonisches Werk Greifswald-Ostvorpommern e. V.
Inklusiver Tandem-Freiwilligendienst 11/14-10/16	Kreisjugendring Esslingen
Kombi-Schulung ePartizipation in der Jugend(kultur)arbeit/Kulturellen Bildung 09/14-12/15	LKJ Berlin e.V.
Orte der Vielfalt - Orte der Inklusion 09/14-12/15	Stiftung SPI - GB Stadtentwicklung Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik
All Incl. Straßen Theater: inklusives Theaterprojekt im öffentlichen Raum 10/14-06/16	Treberhilfe Dresden e. V.
EinzigARTig 08/14-12/16	Villa Jühling e.V. Evangelisches Bildungs- und Projektzentrum

Weiterbildung inklusive Zirkuspädagogik 01/15-12/16	Zentrum für bewegte Kunst e. V. / Circus Sonnenstich
Innovationsfonds Kulturelle Bildung: Ergebnissicherung und Transfer für die Praxis der Kulturellen Jugendbildung in Deutschland 08/14-12/16	Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V.

JUGENDVERBANDSARBEIT:
DEMOGRAFISCHER WANDEL UNTER DEM GESICHTSPUNKT
DER ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME

„PARTiX“ - Demokratie fördernde Jugendbeteiligung zur Entwicklung ländlicher Räume analog und digital 11/ 14 - 10/16	CJD Waren (Müritz) / Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V.
Schaffung eines bundesweiten Jugendwanderwegenetzes 12/14 -12/16	Deutsche Wanderjugend
Jugend vor Ort im Netz 10/14 - 06/16	JuCo Soziale Arbeit gGmbH

**Aufbau und Coaching von Jugendmedienprojekten
 in ländlicher Region**
 09/14 - 12/15

Jugendpresse Deutschland e. V.

Jugendarbeit 3.0
 10/14 -09/16

Kreisjugendring Göppingen e. V.

**INTERNATIONALE JUGENDARBEIT:
 ANERKENNUNG DER INTERNATIONALEN JUGENDARBEIT ALS
 NICHT FORMALES BILDUNGSANGEBOT**

Trialog München – Ljubljana – Pristina
 (Dokumentation und Reflektion von
 Mobilitätserfahrungen)
 09/14 - 12/15

Euro-Trainings-Centre ETC e.V.

**Perspektiven in Europa – Wie lebt und arbeitet
 unsere Nachbarschaft**
 09/14 - 12/15

Palais e.V.

Hanse Suitcase Theatre
 09/14 - 12/15

Kommunales Jobcenter Hamm

Inter-Kulturelle Bildung sichtbar machen!
 01/15 - 12/16

Bundesvereinigung Kulturelle
 Kinder- und Jugendbildung (BKJ)

Die Mobilitäts-Aktie für benachteiligte Jugendliche in der Region 09/14 - 12/16	Schweriner Bildungswerkstatt e.V.
Internationale Jugendarbeit in der kommunalen Jugendhilfeplanung 11/14 - 12/16	IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Internationale Jugendarbeit trifft Schule 09/14 - 12/16	Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung
Werbekampagne für die Partizipation Jugendlicher mit erhöhtem Förderbedarf 09/14 - 12/16	Centre Français de Berlin gGmbH Berlin
Learning Badges 09/14 - 12/16	Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. (LKJ)
Zusammen kommen wir weiter 10/14 - 12/16	Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)
„Zwischen Welten Lernen“-Formatentwicklung: Internationale Jugendbegegnungen im Übergang Schule-Beruf 09/14 - 12/16	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.

**SCRIPT – Verfahren zur kompetenzbezogenen
 Erfassung von Lernleistungen im Rahmen
 internationaler Jugendbegegnungen
 09/14 - 12/16**

Bundesarbeitskreis Arbeit und
 Leben e.V.

**Ewoca3 – for everyone
 09/14 - 12/16**

Internationales Bildungs- und
 Begegnungswerk e.V. (IBB)

JUGENDSOZIALARBEIT: SOZIALE, SCHULISCHE UND BERUFLICHE INTEGRATION VON STRAßENKINDERN

**Integration des Fernschulsystems Flex in die
 überregionale Straßensozialarbeit für Straßenkinder
 und Ausreißer in Deutschland: Ermöglichung des
 Schulabschluss für minderjährige
 Straßenjugendliche unabhängig vom Aufenthaltsort
 11/14 - 12/16**

Off Road Kids Jugendhilfe gGmbH

**Verbreitung der Werkschule Sophisticated People:
 Verbreitung der Berliner Werkschule/
 Modewerkstatt an weiteren Standorten des
 Bündnisses aus 26 Straßenkinder-Organisationen in
 Deutschland
 01/15 - 12/16**

Bündnis für Straßenkinder in
 Deutschland e. V. / KARUNA e.V.

**Theaterprojekt mit Straßenjugendlichen: Aktivierung
 im Theaterprojekt über vier Monate in der kalten
 Jahreszeit mit Versorgung inkl. Schlafplatz und
 anschließender Integration**
12/14 - 12/16

KuB - Kontakt- und Beratungsstelle
 Berliner Jugendclub e. V.

**StreetWorkstatt: Aufsuchen, Aktivieren,
 Kompetenzförderung sowie Vermittlung von
 Straßenkindern in Ausbildung durch Unternehmens-
 Netzwerk**
10/14 -12/16

Straßenkinder e. V.